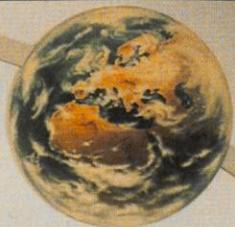


9/1997

## Zukunft der sozialen Sicherung

# CDU



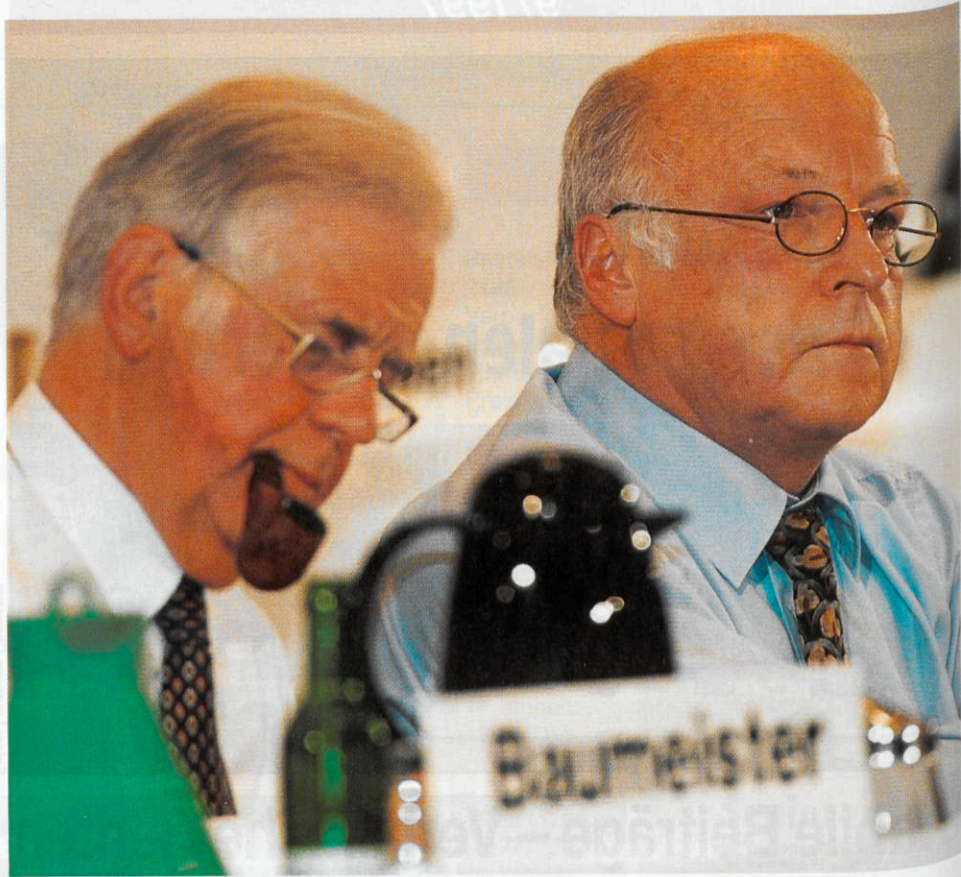
Fotos: Laurence Chaperon

## Stabile Beiträge – Verlässliche Renten

Sitzung des  
Bundes-  
ausschusses  
der CDU  
am 19. März  
1997 in Bonn

- Helmut Kohl: Man kann keine Reformen auf den Weg bringen, wenn man darüber nicht in aller Offenheit diskutiert hat. Seite 4–13
- Norbert Blüm: Die Alternative lautet: Weiterentwicklung unseres Rentensystems oder Systemwechsel. Seite 14–19
- Kurt H. Biedenkopf: Das Konzept der Bürgerrente empfiehlt, einen Übergang aus dem bestehenden in ein neues System zu suchen. Seite 20–27
- Rentenreform '99: Stabile Beiträge – Verlässliche Renten. Beschluß des Bundesausschusses. UID-Extra

# CDU für die Weiterentwicklung des geltenden Rentensystems



**„Stabile Beiträge – verlässliche Renten“: Das System der lohn- und beitragsbezogenen Rente soll durch Reform gesichert, aber nicht grundlegend verändert werden.**

Darauf hat sich die CDU auf ihrem „Kleinen Parteitag“ im Bonner Konrad-Adenauer-Haus am 19. März mit großer Mehrheit geeinigt.

Nach der Vorarbeit in der Regierungs- und der Parteikommission zur Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme seit Mai und Juni letzten Jahres legt sich der Bundesausschuß der CDU auf das Konzept von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm zur Reform der Rentenversicherung fest, spricht sich für die Weiterentwicklung des geltenden Rentensystems aus und gegen die Einführung einer steuerfinanzierten Grundrente.

Der Abstimmung über den Antrag des Bundesvorstands der CDU ging eine mehrere Stunden dauernde Debatte voraus, die nach der Rede des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, vor allem von den Beiträgen von Norbert Blüm und Kurt H. Biedenkopf bestimmt wurde.

### „Rentenreform '99“ – das bedeutet nach dem Willen des CDU-Bundesausschusses:

- Die Rentenanpassungsformel wird um einen demographischen Faktor ergänzt, der die längere Rentenbezugsdauer als Folge des Anstiegs der Lebenserwartung berücksichtigt.
- Dadurch steigen die Renten etwas langsamer als die Nettolöhne. Das Rentenniveau reduziert sich von zur Zeit etwa 70 Prozent schrittweise auf 64 Prozent des Durchschnittseinkommens **ohne Rentenkürzungen**.
- Der Bundeszuschuß zur Rentenversicherung wird so weit angehoben, daß der Beitragssatz um einen Prozentpunkt gesenkt werden kann.
- Angesichts der derzeitigen Lage auf dem Arbeitsmarkt soll der sich aus den Reformmaßnahmen ergebende Finanzierungsspielraum in vollem Umfang zur Senkung des Beitragssatzes und damit auch zur Senkung der Lohnzusatzkosten genutzt werden.
- Um die Erziehungsrenten anzuheben, sollen bei einem Zusammentreffen von Kindererziehungszeiten und anderen Beitragszeiten sofort beide Anwartschaften bis zur Beitragsbemessungsgrenze zusammengerechnet werden.
- Gleichzeitig soll damit begonnen werden, bei der rentenrechtlichen Bewertung der Kindererziehungszeiten stufenweise 100 Prozent des Durchschnittsverdienstes aller Versicherten zugrunde zu legen.

- Die Risiken der Invalidität und der Arbeitslosigkeit sollen getrennt und sachgerecht der Renten- und der Arbeitslosenversicherung zugeordnet werden.

Auf zwei Wegen wird die Rentenkasse entlastet: mit Einsparungen und mit Umfinanzierung. Norbert Blüm: „Ein Viertel bringt die Umfinanzierung, drei Viertel

#### Alterslohn.

*Es bleibt bei der lohnbezogenen Rente. Diesen Weg verfolgt nicht nur die große Mehrheit der CDU, sondern auch die Koalitionspartner CSU und FDP sowie die Sozialdemokraten. Das System wird darüber hinaus von Arbeitgebern und Gewerkschaften sowie von der großen Mehrheit der Versicherten getragen. Rente wird damit auch in Zukunft Alterslohn für Lebensleistung sein.*

**Handelsblatt**

bringen die Einsparungen.“ Der Beschluß des Bundesausschusses verdient den Namen „Rentenreform“: Das Konzept ist durchgerechnet und macht die Rentenbeiträge langfristig stabil.

Der sächsische Ministerpräsident Kurt H. Biedenkopf stellte seinen Alternativ-Antrag, der eine steuerfinanzierte Grundversorgung vorsieht, nicht zur Abstimmung und plädierte für eine spätere Entscheidung nach einer breiten Diskussion in den Kreis- und Ortsverbänden der CDU.

Die Mehrheit folgte Helmut Kohl und Norbert Blüm, nach deren Zeitplan die Bundesregierung noch vor der Sommerpause einen Gesetzentwurf beschließen wird. Er hoffe, so der Bundeskanzler, daß das Gesetz bis Anfang 1998 von Bundestag und Bundesrat verabschiedet sein wird. ■

Bundeskanzler Helmut Kohl:

## Man kann keine Reformen auf den Weg bringen, wenn man darüber nicht in aller Offenheit diskutiert hat

Die Entscheidung, die wir heute zu treffen haben, und die Entscheidungen, die wir in nächster Zeit zu anderen zentralen Fragen zu treffen haben, markieren einen wichtigen Abschnitt in der Geschichte unseres Landes. Es handelt sich um Entscheidungen, die absolut notwendig sind, auch wenn sie nicht immer bequem, auch wenn sie schwer durchzusetzen sind. Denn die Welt, in der wir leben, hat sich dramatisch verändert.

Wer aus Bequemlichkeit oder parteipolitischer Opportunität sagt: „Das kümmert uns jetzt gar nicht, wir versuchen lieber, uns über die Runden zu retten!“, der versündigt sich an der Zukunft unseres Landes. Wir, die Union, müssen unseren Zukunftskurs entschlossen durchsetzen.

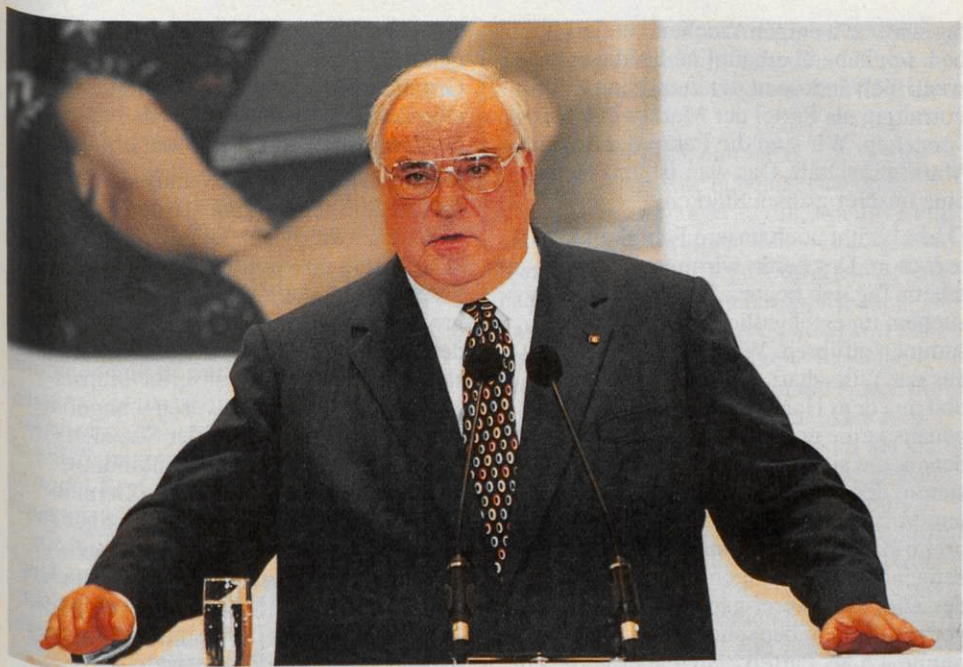
Bevor ich aber zu den Sachfragen komme, will ich noch einmal auf ein höchst erfreuliches Wahlergebnis eingehen. Ich will unseren Freunden aus Hessen und vor allem aus Wiesbaden sehr herzlich zur Wahl von Hildebrand Diehl zum Oberbürgermeister gratulieren. Das ist ein großartiger Erfolg für Hildebrand Diehl und für die gesamte hessische Union. Was mich aber am allermeisten daran freut, ist die Tatsache, daß dort wieder einmal einer gewonnen hat, dem die dreimal gescheiten Auguren vorher überhaupt keine Chance eingeräumt hatten.

Das zeigt erneut, daß jemand, der für seine Überzeugung einsteht und kämpft, statt sich in die Büsche zu verdrücken, beim deutschen Wähler immer noch sehr gut ankommt.

Wenn die hessische CDU inzwischen acht von insgesamt zwölf Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern stellt – nämlich in den kreisfreien Städten Frankfurt, Kassel, Wiesbaden, in den großen Kreisstädten Fulda, Hanau, Bad Homburg.

**Rede des Parteivorsitzenden,  
Bundeskanzler Helmut Kohl,  
auf der Sitzung des  
Bundesausschusses der CDU  
am 19. März 1997 in Bonn**

Marburg und Rüsselsheim –, dann ist das ein gutes Zeichen für unsere Parteiarbeit, aber auch ein zusätzlicher Ansporn, auf den Rathäusern Flagge zu zeigen, möglichst gute Arbeit zu leisten sowie überzeugende Kandidatinnen und Kandidaten aufzustellen; denn wir haben eine Chance, wenn die Wähler merken, daß wir diese Chance tatkräftig wahrnehmen wollen. Das gilt für die Wahlen in den Städten und Gemeinden ebenso wie in den Ländern und im Bund.



In diesen Wochen und Monaten stehen wir in der entscheidenden Phase dieser Legislaturperiode. Noch nie mußten wir in so kurzer Zeit so viele grundlegende Reformen angehen. Aber wir müssen es tun, damit Deutschland seinen Spitzenplatz im weltweiten Wettbewerb behaupten kann. Wir müssen die notwendigen Entscheidungen jetzt treffen.

**Heute geht es um die Rentenreform. Wir haben ja schon unsere Ziele für die Steuerreform und die dritte Stufe der Gesundheitsreform festgelegt; wir haben Einigung über eine umweltfreundliche Reform der Kfz-Steuer erzielt; wir haben ein Konzept zur Verstärkung der Investitionstätigkeit – vor allem im Baubereich – vorgelegt, und wir haben auch eine wichtige Entscheidung zum Abbau der Steinkohlesubventionen getroffen**

Auf diesem Weg der Reformen müssen wir jetzt Stück für Stück vorangehen. Ich

weiß auch, daß noch eine schwierige Wegstrecke vor uns liegt, vor allem bei der parlamentarischen Umsetzung der einzelnen Projekte. Es hat in den vergangenen Wochen viele Diskussionen gegeben – auch in den eigenen Reihen. Darunter gab es solche, die einen Sinn machen, weil sie zu einem vernünftigen Ergebnis führen, aber auch Diskussionsbeiträge, auf die ich gut verzichten kann, weil sie mehr der eigenen Profilierung als der Entscheidungsfindung dienen.

**Die CDU ist eine Volkspartei, das heißt, daß wir in der Sache Kompromisse suchen und auch finden wollen. Wir sind keine Klientelpartei, sondern eine Partei, die aus einer bestimmten weltanschaulich geprägten Grundhaltung Politik gestaltet. Wir sind die Partei der Sozialen Marktwirtschaft.**

Ich sage das auch im Gedenken an Ludwig Erhard, dessen hundertsten Geburts-

tag wir vor wenigen Wochen gefeiert haben. Ich habe überhaupt nichts dagegen, wenn sich andere in der deutschen Politik vorrangig als Partei der Marktwirtschaft verstehen. Wir sind die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Das war, ist und bleibt eine unserer großen Stärken.

Darin beruht auch unsere Fähigkeit zur Integration. Das heißt, wir müssen – auch an einem Tag wie heute – immer wieder versuchen, unterschiedliche Interessen zusammenzuführen. Wir müssen denen, die aus der Wirtschaft, aus dem Mittelstand und aus dem Handwerk zu uns kommen, genauso eine politische Heimat bieten wie denen, die sich gewerkschaftlich organisieren, den Bauern ebenso wie den Beamten. Volkspartei heißt, daß wir uns auf eine breite Basis stützen können, daß wir überzeugende Vorstellungen für die Gestaltung der Zukunft unserer ganzen Gesellschaft vorzuweisen haben, auch wenn wir – das räume ich als Parteivorsitzender gerne ein – nicht jeden Tag ein strahlendes Erscheinungsbild abgeben können, weil die unerläßliche Diskussion und das Ringen um den gemeinsamen Weg das gelegentlich erschweren.

**Jetzt kommt es darauf an, die notwendigen Reformmaßnahmen offensiv zu vertreten, sie den Menschen immer wieder zu erläutern – und zwar mit verständlichen Worten – und sie dann auch durchzusetzen.**

Ich weiß sehr wohl, daß dies schwierig ist. Ein kluger Zeitgenosse meinte vor ein paar Tagen in einem Gespräch mit mir, er glaube nicht daran, daß die Deutschen genügend Reformfähigkeit besäßen. Ich habe dem heftig widersprochen; denn ich halte diese Auffassung für falsch. Ich weiß auch, wie demoskopische Meinungsbilder zustande kommen. Bei der Frage nach der grundsätzlichen Notwendigkeit von Veränderungen ergeben sich stets deutliche Zwei-Drittel-Mehrheiten. Wenn Sie aber zehn Detailfragen stellen, erhalten Sie auf

alle zehn Fragen eine mehrheitlich ablehnende Antwort. Stellen Sie dann aber die Grundsatzfrage erneut, sagt immer noch eine Zwei-Drittel-Mehrheit, daß an den Veränderungen kein Weg vorbei führt.

Wenn die CDU Deutschlands sich in ihrer fünfzigjährigen Geschichte nicht immer wieder schwierigsten Herausforderungen gestellt und ihre politischen Ziele durchgesetzt hätte, dann wären wir auch nie die große Volkspartei in Deutschland geworden. Keine der entscheidenden Weichenstellungen wäre ohne unsere Durchsetzungskraft möglich gewesen – angefangen von der Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft über die Einbindung Deutschlands in die westliche Gemeinschaft in den fünfziger und sechziger Jahren oder die Stationierung der Mittelstreckenwaffen und die damit verbundene Stabilisierung der NATO in den achtziger Jahren bis hin zur Unterstützung für unsere Soldaten in der Bundeswehr.

**Ich finde übrigens, daß deutsche Soldaten in diesen Tagen bei der Evakuierung Deutscher und von Staatsangehörigen anderer Nationen aus Albanien ein großartiges Bild geboten haben; dafür sollten wir unseren besonderen Dank und unseren Respekt zum Ausdruck bringen.**

Zu den großen Entscheidungen für unser Land gehört auch der schnelle Weg zur Deutschen Einheit, der natürlich auch Probleme mit sich gebracht hat. Aber ich bleibe dabei: Ich bin glücklich darüber, daß wir Deutschen diese historische Chance genutzt haben! Wenn wir uns heute aus Selbstsucht und mangelndem Gemeinsinn nicht dazu bereit fänden, unsere Zukunft miteinander zu gestalten, dann wäre es um unser Land schlecht bestellt. Die Zukunftsfähigkeit Deutschlands entscheidet sich vor allem daran, ob wir zu Gemeinsamkeit fähig sind. Das ist auch eine immaterielle Frage – eine Frage der inneren Kraft und des Glaubens an die eigene Zukunft.

Es geht jetzt darum, ob wir uns als reformfähig erweisen oder ob Besitzstandsdenken, Gruppenegoismen und eine Blockadepolitik, wie sie die Sozialdemokraten betreiben, die notwendigen Reformen verhindern. Ich habe sehr viel Verständnis für freie Meinungsäußerung – das Demonstrationsrecht gehört dazu. Aber wir haben in diesen Tagen auch an mehreren Beispielen erlebt, wie dabei Druckkulissen bis hin zur Gewaltdrohung aufgebaut wurden. Wir, die CDU Deutschlands, werden solchen Drohungen nicht weichen. Wir werden das tun, was wir für richtig halten. Die Autorität unseres freiheitlichen Rechtsstaates darf nicht angetastet werden. Das Gewaltmonopol liegt ausschließlich beim Staat und sonst nirgendwo!

**Wir müssen angesichts von weit über vier Millionen Arbeitslosen eigentlich nicht weiter begründen, was jetzt zu geschehen hat. Wer jetzt die notwendigen Entscheidungen blockiert, versündigt sich an denen, die heute eine Arbeit suchen. Es gibt keine vernünftige Alternative zu unseren Vorschlägen.**

Den Äußerungen von Herrn Lafontaine können Sie entnehmen, daß er mit seiner Blockade-Taktik die notwendigen Entscheidungen zumindestens verschieben will, um sich dann im Wahljahr als „Retter in der Not“ aufzuspielen. Wir werden uns davon nicht beeindrucken lassen. Wir bleiben gesprächsbereit. Wir hatten verabredet, daß wir eine gemeinsame Arbeitsgruppe einsetzen. Diese Gruppe hat einmal getagt und einen weiteren Termin in Aussicht genommen; doch dieser Termin ist im Zusammenhang mit der Kohle-Diskussion von der SPD abgesagt worden. Es spricht überhaupt nichts dagegen – und das hat der Finanzminister in unserem Auftrag gestern noch einmal angeboten –, daß diese Gruppe von Sachverständigen sich am besten schon heute zusammensetzt und die Arbeit wieder aufnimmt, zu-

mal ich weiß, daß auch einige der sozialdemokratischen Mitglieder dazu bereit sind. Alles andere bringt uns in Wahrheit nichts.

Ich kann nur noch einmal an alle demokratisch Verantwortlichen appellieren, jetzt das Notwendige zu tun, um das Land nach vorne zu bringen. Wir – Bundesregierung, Wirtschaft und Gewerkschaften – haben uns vor über einem Jahr gemeinsam das Ziel gesetzt, die Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000 zu halbieren. Wir haben nicht gesagt: Wir halbieren die Arbeitslosigkeit, sondern wir haben uns das zum Ziel gesetzt. Nun sagen viele, das sei gar nicht zu erreichen. Ich halte diese Debatte für ziemlich unnötig. Uns muß es darum gehen, möglichst viele neue Arbeitsplätze zu schaffen. Wenn wir uns kein großes Ziel setzen, dann werden wir überhaupt nichts erreichen! Aber ich bin sicher: Wenn wir dieses Ziel alle gemeinsam angehen, so können wir ein großes Stück auf diesem Weg vorankommen.

**Ich habe noch gut in Erinnerung, mit wieviel Mißtrauen und Zweifeln wir nach dem Regierungswechsel 1982 zu kämpfen hatten. Wir haben damals von 1983 bis 1992 in der alten Bundesrepublik mehr als drei Millionen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Wir haben heute – wiederum auf die alte Bundesrepublik bezogen – trotz des drastischen Beschäftigungseinbruchs noch zwei Millionen Arbeitsplätze mehr als 1983.**

Wenn die Arbeitslosigkeit heute trotzdem höher ist, so hat dies auch damit zu tun, daß in der Zeit von 1988 bis 1993 über 2,5 Millionen Zuwanderer auf den deutschen Arbeitsmarkt geströmt sind. Eine solche Zahl hat kein anderes Land zu verzeichnen. Ich weise meine Kollegen in der Europäischen Union immer wieder auf diese gravierende Veränderung der Struktur unseres Landes hin.

Es gibt übrigens noch eine Entwicklung, die ebenfalls erhebliche Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt hat, daß nämlich immer mehr Frauen Dauerarbeitsplätze nachfragen, was – nebenbei bemerkt – in der DDR eine Selbstverständlichkeit gewesen war. Ich kritisiere das nicht, im Gegenteil! Aber es kommt jetzt darauf an, daß Politik, Unternehmen und Gewerkschaften mit neuen Ideen gegen die Arbeitslosigkeit vorgehen, daß beispielsweise bei der Organisation der Arbeit neue Wege beschritten werden. Der Gesetzgeber hat die entsprechenden Möglichkeiten dazu geschaffen. Ich bin immer wieder verblüfft, wie wenig die Wirtschaft davon bisher Gebrauch macht.

Es gibt aber auch positive Zeichen. So wird in den Gewerkschaften in zunehmendem Maße der Zusammenhang zwischen Lohnzurückhaltung und Arbeitsplatzsicherung gesehen. In diesem Zusammenhang halte ich es für außerordentlich wichtig, daß wir unmittelbar nach Ostern mit einer ganzen Reihe von Gesprächen und Veranstaltungen beginnen werden, um auch in diesem Jahr eine hinreichend große Zahl von Ausbildungsplätzen im dualen System bereitstellen zu können.

Wir haben im Rahmen unseres Gesamtkonzepts zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands neue Chancen zu mehr Beschäftigung eröffnet. Eine heftig umstrittene Maßnahme zur Kostenentlastung des Faktors Arbeit betraf die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall. Ich hätte mir gewünscht, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer hier gemeinsam eine eigene Lösung gefunden hätten. Das ist aber nicht geschehen. Deshalb mußten wir entscheiden.

**Die Entlastungswirkung der von uns beschlossenen Neuregelung liegt erheblich über zehn Milliarden Mark. Wer über dieses Thema redet, sollte das auch einmal zur Kenntnis nehmen!**

Wir haben Einstellungshemmnisse abgebaut, beispielsweise durch die Anhebung der Schwelle für den Kündigungsschutz von fünf auf zehn Arbeitnehmer. Ich hoffe sehr, daß diejenigen aus dem Mittelstand und aus dem Handwerk, die damals diese Entscheidung nachdrücklich begrüßt haben, sie jetzt auch wirklich zur Schaffung neuer Arbeitsplätze nutzen.

**Darüber hinaus haben wir die steuerliche Abzugsfähigkeit für Arbeitsplätze in privaten Haushalten verbessert und die investitions- und beschäftigungsfeindliche Vermögensteuer abgeschafft.**

**Schließlich hat die Bundesregierung nach eingehenden Beratungen in der vergangenen Woche ein zusätzliches Maßnahmenpaket beschlossen, um Investitionen in Höhe von rund 25 Milliarden DM anzustoßen.**

Ich habe ganz Erstaunliches darüber gelesen. Die Hohenpriester der „reinen“ Marktwirtschaftslehre haben mir sofort unterstellt, ich würde damit in die Fußstapfen meines Amtsvorgängers treten. Um was geht es denn bei diesem Programm wirklich? Es geht weder um ein kreditfinanziertes Konjunkturprogramm, noch geht es um den Versuch, am Haushaltsrecht vorbei zusätzliche Mittel zu mobilisieren. Ein Investitionsvolumen von 20 Milliarden DM wird mit Mitteln der Kreditanstalt für Wiederaufbau initiiert; der Bundeshaushalt wird dadurch nicht belastet. Es geht jetzt darum, sinnvolle Infrastrukturinvestitionen rasch auf den Weg zu bringen und insbesondere die schwierige Situation in der Bauwirtschaft zu stabilisieren. Wir alle wissen, daß Bauinvestitionen besonders beschäftigungsintensiv sind. Ich lege mich jetzt nicht auf Zahlen fest, aber seriöse Schätzungen gehen davon aus, daß damit eine sechsstellige Zahl an Arbeitsplätzen gesichert werden kann.



Mit dem Vorziehen öffentlicher Infrastrukturinvestitionen in Höhe von fünf Milliarden DM wollen wir – zeitlich befristet – auch private Finanzierungsmodelle erproben. Denen, die uns gleich wieder vorhalten, auf diesen Weg sollten wir uns erst gar nicht begeben, kann ich nur sagen: Angesichts der Fülle dringend notwendiger Investitionen bekenne ich mich ausdrücklich dazu, daß wir diesen kontrollierten Versuch auch einmal in Deutschland wagen.

**Es bleibt dabei: Die notwendigen Konsolidierungsanstrengungen im Bundeshaushalt werden durch all diese Maßnahmen im Rahmen des beschäftigungsfördernden Investitionsprogramms nicht berührt; sie müssen ohne Frage fortgesetzt werden.**

Wir haben auf dem Weg der Reformen schon vieles vorangebracht, und wir sollten uns jetzt auch gemeinsam darum bemühen, das der Bevölkerung klarzumachen. Unsere Anstrengungen haben bereits Wirkungen erzielt. Es gibt deutliche Anzeichen für eine Verbesserung der konjunkturellen Entwicklung – auch aufgrund externer Faktoren. In diesem Jahr rechnen wir mit einem realen Wirtschaftswachstum zwischen zwei und zweieinhalb Prozent. Es ist uns unübersehbar, daß sich in der deutschen Wirtschaft ein Stimmungswechsel anbahnt. Deutschland ist durch die von uns eingeleiteten Reformen für ausländische Investoren wieder attraktiver geworden.

Vor einem Jahr hat der Opel-Vorstandsvorsitzende David Herman über den Standort Deutschland viel Kritisches gesagt; ich habe damals mit ihm darüber diskutiert und mich auch geärgert. Er hat vor kurzem wörtlich gesagt: „Die Situation in Deutschland hat sich gegenüber den westlichen Nachbarn wesentlich verbessert. Wir sind dabei, unsere Standortnachteile abzubauen ... Wer über Investitionen

nachdenkt, muß Deutschland wieder einbeziehen.“ In diesen Tagen wirbt die größte Bank in den Niederlanden bei holländischen Anlegern dafür, in Deutschland zu investieren: in einem Land, das seine Zukunft meistern wird. Ich wünsche mir etwas mehr von dieser Überzeugung auch hier bei uns.

**Wir müssen jetzt Punkt um Punkt unsere Reformen umsetzen. Dazu gehört die große Steuerreform, ein Schlüsselinstrument für mehr wirtschaftliche Dynamik und Beschäftigung. Es ist dringend notwendig, die Steuersätze in Deutschland auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau zu senken. Das ist eine entscheidende Botschaft für ausländische Investoren.**

Es geht aber ebenso um mehr Steuererechtigkeit, denn künftig sollen auch diejenigen Steuern zahlen, die sich bisher durch Ausnutzung von steuerlichen Ausnahmen und Sonderregelungen Steuerfreiheit verschafft haben. Wir wollen über unsere Vorschläge mit unserem Koalitionspartner, aber natürlich auch mit der SPD sprechen, die ja die Mehrheit im Bundesrat hat.

Wie die Steuerreform sind auch die Renten- und die Gesundheitsreform zwingend erforderlich. Es geht hier entscheidend um eine Begrenzung der Lohnnebenkosten, vor allem aber auch darum, die sozialen Sicherungssysteme auf Dauer stabil zu halten. Wir haben in den beiden Koalitionsfraktionen in der letzten Woche die dritte Stufe der Gesundheitsreform behandelt, mit der die Kostendynamik gebremst werden soll.

Ich nenne nur zwei Zahlen, um die Dramatik der Kostensteigerungen deutlich zu machen: 1991 haben die gesetzliche Krankenkassen 173 Milliarden Mark für ihre Versicherten ausgegeben; fünf Jahre später waren es bereits 235 Milliarden Mark.



Nun weiß doch jeder, daß Deutschland in diesen Jahren nicht von Epidemien mittelalterlichen Ausmaßes heimgesucht worden ist, sondern daß sich hier – wie in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen – bedenkliche Einstellungen bemerkbar machen nach dem Muster: „Ich habe etwas eingezahlt – das will ich mindestens wieder heraushaben!“ „Mindestens“ heißt dann im Regelfall: „Ich will mehr heraushaben.“ Daß diese Rechnung nicht aufgehen kann, liegt doch auf der Hand.

**Entscheidend bleibt, daß auch künftig niemand auf medizinisch notwendige Leistungen verzichten muß. Wir brauchen aber eine neue und dauerhaft tragfähige Balance zwischen der unverzichtbaren Solidarität der Versicherungsgemeinschaft einerseits und der Eigenverantwortung des einzelnen Versicherten andererseits.**

In diesen Zusammenhang gehört natürlich auch die demographische Entwicklung: Die Menschen in Deutschland werden

heute im Schnitt beinahe doppelt so alt wie bei der Einführung der Bismarckschen Sozialgesetze und können dank der hochentwickelten und umfassenden medizinischen Versorgung auch an ihrem Lebensabend eine ganz andere Lebensqualität gewinnen als frühere Generationen. Aber das hat natürlich enorme Auswirkungen auf die Krankenversicherungen und zwingt uns zu einer Reform unseres Gesundheitswesens. Allerdings füge ich gleich hinzu: Wir wollen unter keinen Umständen – wie anderswo in Europa – dahin kommen, daß mit 75 Jahren bei der gesetzlichen Krankenkasse Schluß ist mit der Bezahlung von Bypassoperationen oder neuen Hüftgelenken. Das ist nicht unsere Vorstellung von einer menschlichen Gesellschaft!

**Wir stehen zu der schon erwähnten Vereinbarung zwischen Bundesregierung, Wirtschaft und Gewerkschaften vom Januar letzten Jahres, in der wir uns das Ziel gesetzt haben, die Beiträge zur Sozialversicherung bis zum Jahr 2000 wieder unter 40 Prozent zu senken.**

Auch da höre ich sofort viele Bedenken-träger einwenden: „Das schaffen die nie.“ Überhaupt höre ich zur Zeit von morgens bis abends das vielstimmige Lamento: „Das haben wir noch nie so gemacht! Das kann doch gar nicht funktionieren! Warum fangen wir dann überhaupt damit an?“ Wenn wir – die CDU Deutschlands – in dreieinhalb Jahrzehnten Regierungsverantwortung nach diesem Motto gehandelt hätten, dann hätte sich unser Land mit Sicherheit nicht so entwickelt, wie es sich glücklicherweise entwickelt hat. Wir haben das nicht allein erreicht, viele Menschen guten Willens haben dabei mitgewirkt. Aber jetzt kommt es erneut entscheidend darauf an, daß wir die notwendigen Entscheidungen treffen.

Mit der Reform der Renten- und Krankenversicherung wollen wir unseren Beitrag

zum vereinbarten Abbau der gesetzlichen Lohnzusatzkosten leisten. Im übrigen sollten wir aber auch immer wieder an die schlichte Tatsache erinnern, daß 55 Prozent der Lohnzusatzkosten aus tarifvertraglich vereinbarten und freiwilligen Leistungen bestehen. Wer also verlangt, die Politik müsse handeln – was ich ja durchaus akzeptiere –, der muß sich zumindest die Frage gefallen lassen: „Was tut Ihr denn eigentlich?“

Bei allem, was wir jetzt tun – ob das die Rentenreform, die Steuerreform oder die Gesundheitsreform betrifft –, müssen wir von den Tatsachen ausgehen. Tatsache ist beispielsweise, daß Deutschland mit die niedrigste Geburtenrate in Europa aufweist. Tatsache ist auch die erfreuliche Feststellung, daß die Menschen in Deutschland im Durchschnitt immer älter werden; um die Jahrtausendwende werden drei Millionen über Achtzigjährige hier leben. Wir sprechen bei der Rentenreform über einen Zeitraum bis zum Jahr 2030, an dessen Ende voraussichtlich 26 Prozent der Bevölkerung über 65 Jahre alt sein werden; heute liegt dieser Anteil bei 15 Prozent!

**Tatsache ist außerdem, daß bei uns junge Leute mit knapp 30 Jahren die Universität verlassen, während in den meisten anderen EU-Ländern die jungen Akademiker mit 25 Jahren ins Berufsleben gehen. In vielen Fällen stehen heute bei deutschen Akademikern 50 Jahren Kindheit, Ausbildung und Ruhestand nur etwa 30 Jahre Erwerbstätigkeit gegenüber. Diese Rechnung kann einfach nicht aufgehen!**

Ich will bei dieser Gelegenheit denn auch unsere Freunde in den Landesregierungen darum bitten, die Fragen der Universitätsreform nicht länger nur in Kultusministerkonferenzen zu behandeln, sondern darauf zu drängen, daß die notwendigen Struktur-



veränderungen auch wirklich durchgesetzt werden.

Heute haben wir über den Bericht der Rentenreform-Kommission zu befinden. Ich bedanke mich ausdrücklich bei Norbert Blüm und den Mitgliedern der Parteikommission; ich nehme diese Gelegenheit aber auch wahr, um mich bei den Mitgliedern der Regierungskommission zu bedanken.

**Ich finde es ganz in Ordnung, daß es zu diesem Bericht auch bei uns durchaus unterschiedliche Meinungen gibt, daß beispielsweise Kurt Biedenkopf sein Konzept einer Grundversicherung zur Debatte stellt, über das wir heute ebenfalls eingehend beraten werden. Solche Auffassungsunterschiede gehören ganz selbstverständlich zu einer lebendigen Volkspartei. Man kann doch keine Reformen auf den Weg bringen, wenn man darüber nicht vorher in aller Offen-**

**heit und im Detail gesprochen und diskutiert hat.**

Mein herzlicher Wunsch ist, daß wir alle uns für die Arbeit in den Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesverbänden vornehmen, nicht zu fragen, was populär ist, sondern was richtig und notwendig ist. Wenn wir das Richtige und das Notwendige tun, wenn wir kämpferisch dafür eintreten, dann ist es für mich überhaupt keine Frage, daß wir auch bei den kommenden Wahlen erfolgreich sein werden.

Wir müssen alles dafür tun, unseren Platz in der Europäischen Union und unter den Völkern der Welt zu sichern. Unsere Freunde und Partner blicken mit vielfältigen Erwartungen auf uns. Sie fragen sich, aber auch uns: „Werden die Deutschen auf ihrem Weg nach Europa bleiben? Werden sie auch weiterhin Motor der europäischen Einigung sein oder in eine innenpolitische Nabelschau verfallen und ihr europäisches Engagement hintanstellen?“

Es sind in der Tat große Erwartungen, die an uns gerichtet werden. Gerade in diesen Tagen konnte man angesichts der Vorgänge in Albanien erkennen, wie viele in Europa und in der Welt dafür dankbar sind, daß Deutschland seine volle Verantwortung gegenüber der Welt wahrnimmt – ohne Wenn und Aber. Das beweisen auch die deutschen Soldaten im Rahmen des SFOR-Einsatzes im früheren Jugoslawien. Auch dafür ein herzliches Wort des Dankes!

**Trotz all unserer Probleme sind wir eines der wohlhabendsten Länder dieser Erde. Und in weiten Teilen Afrikas, Lateinamerikas und Asiens erwarten die Menschen unsere Hilfe.**

Wir werden in wenigen Wochen auf der Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen über die Folgerungen aus der ersten Umweltkonferenz von Rio diskutieren. Auch hier erwarten die Länder der Dritten Welt von uns entscheidende Unterstützung für eine Verbesserung ihrer Lebensumstände und zur Sicherung ihrer Zukunft.

Gerade wir Deutschen wissen besser als andere, welch ein Unglück es bedeutet, wenn in einem Teil der Welt kein Friede und keine Freiheit herrschen. In Deutschland leben heute weit über 300.000 Bürgerkriegsflüchtlinge allein aus dem früheren Jugoslawien. Wir können überall Männer, Frauen und Kinder treffen, die dieses schlimme Schicksal erlitten haben. Wir haben das nicht vergessen. So wichtig Wirtschafts- und Sozialpolitik auch immer sein mögen – am allerwichtigsten bleibt der Erhalt von Frieden und Freiheit. Und

die Einigung Europas ist die beste Garantie für den Frieden und die Freiheit im 21. Jahrhundert.

Im Juni wollen wir auf dem Europäischen Rat in Amsterdam den sogenannten Maas-tricht II-Vertrag abschließen. Dort geht es um den Ausbau der inneren Struktur der Europäischen Union, um die Rolle des Europäischen Parlaments und viele andere zentrale Fragen für die Zukunft Europas. Ich möchte nur einige beispielhaft nennen: Sind wir Europäer in der Lage, uns gemeinsam tatkräftig gegen grenzüberschreitende organisierte Kriminalität zur Wehr zu setzen? Werden wir unser Versprechen einhalten, den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas den Zugang zur Europäischen Union zu eröffnen, damit sie in europäischer Solidarität den Weg ins nächste Jahrtausend gehen können? Sind wir bereit, die notwendige Schlußfolgerung aus der Tatsache zu ziehen, daß beispielsweise Krakau in der Mitte Europas liegt?

Das alles kommt jetzt auf uns zu. Nun kann man sich natürlich auf den Standpunkt stellen, das alles sei zu schwierig und zuviel auf einmal.

**Die Alternative ist ziemlich einfach: Entweder wir stellen uns dieser Herausforderung oder wir drücken uns vor unserer geschichtlichen Verantwortung. Auf diese Alternative gibt es nur eine Antwort: Wir – die Christlich Demokratische Union Deutschlands – sind uns immer unserer Pflicht bewußt gewesen.**

**Ich finde, diese Pflicht weiterhin zu erfüllen, macht auch Freude; denn wir tun es für unser Vaterland.**

**Unsere  
Elektronischen  
Adressen:**

● INTERNET

<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE

\*CDU#

● X 400

c = de; a = dbp;  
p = cdu; s = bund

## Bundesarbeitsminister Norbert Blüm:



# Die Alternative lautet: Weiterentwicklung unseres Rentensystems oder Systemwechsel

Der Vorschlag des Bundesvorstandes, für den wir um Zustimmung bitten, beruht auf der intensiven Vorarbeit von zwei Kommissionen unter Beteiligung von Finanzwissenschaftlern, Wirtschaftswissenschaftlern, Juristen, Unternehmensberatern, Gewerkschaftern und Arbeitgebern. Die Rechnungen, die diesem Konzept zugrunde liegen, sind mit den Rentenversicherungsträgern und mit Versicherungsmathematikern der privaten Alterssicherung abgestimmt. Es ist ein Konzept, das auf einer gesicherten Rechnungsgrundlage aufbaut.

Ich will in meiner Begründung zunächst auf die Grundentscheidung hinweisen, dann die einzelnen Aspekte unseres Vorschlags erläutern und schließlich auf Einwände eingehen.

Die Alternative, über die Sie heute entscheiden, lautet: Weiterentwicklung unseres Rentensystems oder Systemwechsel. Sie entscheiden heute nicht über Varianten. Sie entscheiden vielmehr über zwei Konzepte, die Alternativen sind. Die Alternative heißt: beitragsfinanzierte, leistungsbezogene Rente oder steuerfinanzierte Einheitsrente.

Die heute zu fällende Entscheidung muß auch die Frage beantworten, ob in unse-

rem Sozialsystem Leistung sich künftig noch lohnt. Das Prinzip der Leistungsgechtigkeit ist zwar ein altes Prinzip, aber ich halte es nicht für veraltet. Ohne Bezug zu einer Vorleistung und ohne Prüfung des Bedarfs gewährt die Bürgerrente eine Einheitsrente, egal ob jemand gearbeitet, schwarz gearbeitet oder nicht gearbeitet

**Rede von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm auf der Sitzung des Bundesausschusses der CDU am 19. März 1997 in Bonn**

hat. Das wäre der Abschied vom Leistungsprinzip. Wir haben zu entscheiden zwischen der leistungsbezogenen Rente oder einer Bürgerrente, die nichts anderes wäre, als Sozialhilfe ohne Bedarfsprüfung, die auch im Nettowert nur unwesentlich über den durchschnittlichen Sozialhilfeleistungen läge.

**Wir haben zu entscheiden, ob auch künftig die Alterssicherung dem Vorsorgeprinzip entspricht und solidarisch organisiert ist oder den Versorgungsgedanken in den Vordergrund stellt.**

Die tragenden Ideen, die dem Konzept zur Weiterentwicklung der Alterssicherung zugrunde liegen, heißen erstens: **Stärkung des Versicherungsprinzips**, zweitens: **Stärkung der Generationen-Solidarität**. Das sind die beiden tragenden Ideen. Ich trete ein für eine Stärkung des Versicherungsprinzips. Diesen Weg haben wir bereits beschritten. Die Anerkennung von Ausbildungszeiten wurde zurückgeführt, die Fremdretenansprüche wurden reduziert. Die versicherungsmathematischen Abschläge bei vorzeitigem Rentenbezug haben etwas mit dem Versicherungsprinzip zu tun.

**Leistungsprinzip stärken**

Ohne Abschlag würde der länger Arbeitende dem früher Ausscheidenden die vorzeitige Rente finanzieren. Wir machen unser Prinzip beitragsgerechter, drängen damit auch Umverteilung zwischen Personen zurück. Im Vordergrund steht die temporale Umverteilung zwischen Lebensstapen. **Ich trete ein für eine Stärkung des Leistungsprinzips ohne Verzicht auf Solidarität**. Die Rentenversicherung gewährt auch weiterhin Berufsunfähigkeitsrenten, Hinterbliebenenrenten und Familienleistungen.

Der zweite Gesichtspunkt ist der des Generationenausgleiches. Kein anderes Sozialversicherungssystem ist so auf Generationensolidarität angewiesen wie die Rentenversicherung. Sie lebt ganz elementar von der Solidarität zwischen Jung und Alt. Und diese Solidarität gilt es immer wieder neu einzupendeln: **Die Jungen dürfen nicht Beitragsätze zahlen müssen, unter denen ihr Leistungswille zusammenbricht**. Andererseits dürfen wir den Alten nicht ein Rentenniveau zumuten, das ihrer Lebensleistung nicht entspricht. Zwischen diesen beiden Ansprüchen gilt es die Balance herzustellen, und das kann doch nicht unmöglich sein! Die Jungen werden einmal alt, sie bestimmen damit auch über

das Rentenniveau, das sie einmal erwartet, und die Alten waren einmal jung, und jeder Enkel hat Großeltern, und alle Großeltern haben Enkel. Insofern scheint mir der Generationenausgleich in der Rentenversicherung geradezu in der Natur der Sache zu liegen.

**Wir versuchen, diesen Generationenausgleich durch eine demographische Formel neu zu regeln, die die längere Rentenbezugszeit infolge gestiegener Lebenserwartung berücksichtigt. Wenn die Menschen länger leben – wir freuen uns darüber –, müssen sie den erworbenen Rentenanspruch auf mehr Jahre verteilen. Das ist keine Rentenkürzung, das Volumen wird lediglich auf mehr Jahre verteilt. Das ist das, was wir als neue demographische Formel anbieten.**

Die **Erhöhung der Lebensarbeitszeit** bleibt eine weitere Option. Sie trifft allerdings nur den Rentenzugang, nur die Jungen, nicht die Alten. Aber ich mache darauf aufmerksam, daß wir die Altersgrenze im verfassungsrechtlich schnellstmöglichen Tempo bis 2001 bei den Männern und bis 2004 bei den Frauen auf 65 Jahre anheben werden. Freilich, bei der Altersgrenze muß auch auf die Arbeitsmarktlage Rücksicht genommen werden. Für die Erhöhung der Lebensarbeitszeit haben wir im übrigen zwei Möglichkeiten: Entweder früherer Eintritt ins Berufsleben durch Verkürzung der Ausbildungszeiten oder aber späterer Eintritt in die Rente.

Die Reform der Rentenversicherung wird **auch die Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit neu ordnen**. Das Risiko der Erwerbsunfähigkeit wegen eingeschränkter Gesundheit wird sachgerecht in der Rentenversicherung versichert. Wenn aber kein der gesundheitlichen Einschränkung entsprechender Arbeitsplatz vorhanden ist, so ist das nicht Risiko der Rentenversicherung, sondern Risiko der Arbeitslosenversicherung und muß von ihr abge-



**Norbert Blüm: 75 Prozent des Einsparzieles erreichen wir über echte Sparmaßnahmen, lediglich zu 25 Prozent ist die Umfinanzierung daran beteiligt.**

deckt werden. Wir wollen diese Erwerbsunfähigkeitsrente auch als Teilrente anbieten, die durch Teilzeit ergänzt werden kann.

Die Reform geht auf zwei Wegen vor.

### **Erstens: Entlastung durch Sparen.**

Das Netto-Rentenniveau soll in langsamen Schritten auf 64 Prozent abgesenkt werden. Den Kritikern sage ich: 64 Prozent Rentenniveau hatten wir auch im Jahr 1974, und niemand hat gesagt, dies sei ein unzumutbares Niveau. **Niveauabsenkung**

**bedeutet nicht: Rentenkürzung. Keine bestehende Rente wird gekürzt, nur die Rentenanpassungen verlaufen flacher.** Ich mache im übrigen darauf aufmerksam, daß das Sparpotential keineswegs allein aus Absenkung des Niveaus besteht, sondern überdies aus der Reduzierung von beitragsfreien Ausbildungszeiten, der Anhebung der Altersgrenze sowie der Neuordnung von Erwerbsunfähigkeitsrenten.

### **Der zweite Weg ist die Umfinanzierung.**

Wir wollen die Kosten der Arbeit reduzieren durch Umfinanzierung von der Arbeit weg hin zum Verbrauch, was für eine exportorientierte Wirtschaft ein naheliegender Gesichtspunkt ist. Die Belastung der Arbeit verfolgt das Produkt rund um die Erde, die Belastung des Verbrauchs nur bis an die nationalen Grenzen. Dadurch kann der Beitragssatz um 1 Prozentpunkt gesenkt werden. **Wir entlasten auf diese Weise die Arbeitskosten** und geben überdies eine Antwort auf die Frage, ob die Rentenversicherung nicht Lasten tragen muß, die eigentlich nicht zu Lasten des Beitragszahlers gehen dürfen. Wir

leisten damit auch einen Beitrag zur Systemstabilisierung. Im übrigen bitte ich die Proportionen zu beachten:

**75 Prozent des Einsparzieles erreichen wir über echte Sparmaßnahmen, lediglich zu 25 Prozent ist die Umfinanzierung daran beteiligt.**

Wir prüfen im Zusammenhang mit der Reform auch die Frage: Was können wir tun, um die Erosion der Solidargemeinschaft zu stoppen? Für jedermann ist sichtbar: Die geringfügige Nebenbeschäftigung neben der Hauptbeschäftigung nimmt zu. Es muß mir mal einer erklären, wieso zwei geringfügige Beschäftigungsverhältnisse



addiert werden und dann versicherungspflichtig sind, eine geringfügige Beschäftigung neben der Hauptbeschäftigung aber nicht versicherungspflichtig ist. Oder anders ausgedrückt: Überstunden im Betrieb sind versicherungspflichtig, Überstunden im Nebenjob an der Tankstelle aber nicht. Das ist irrational! Man darf sich nicht wundern, wenn durch solche Fluchtbewegungen diejenigen, die in der Solidargemeinschaft bleiben, mehr Beiträge zahlen, als sie eigentlich zahlen müßten.

Es geht nicht darum, jede kleine Nebenbeschäftigung zu verhindern oder sogar die Aufwandsentschädigung im Sport oder im kulturellen Bereich zu erfassen. Es geht vielmehr um die Frage: **Wie verhindern wir die gezielte Strategie mancher Betriebe, aus Voll-Erwerbsarbeitsplätzen viele geringfügige Arbeitsverhältnisse zu machen?** Auch das ist eine Fluchtbewegung aus der Solidarität, die wir so nicht hinnehmen können.

Mit der Reform müssen wir **auch Antwort geben auf die Tendenz zur Abdrängung in Scheinselbständigkeit.** Das sind Selbständige mit arbeitnehmerähnlicher Erwerbstätigkeit, wenn sie keine weiteren Arbeitnehmer beschäftigen und in der Regel von einem einzigen Auftraggeber abhängig sind. Hier geht es um die Schutzbedürftigkeit dieses Personenkreises.

**Die Hinterbliebenenrente muß reformiert werden.** Ich halte sie nach wie vor für unverzichtbar. Wollte man sie ganz streichen, dann würde die Rentenversicherung nur ein einziges Ehemodell akzeptieren, bei dem beide Eheleute erwerbstätig sind. Jedes Ehemodell, bei dem nur einer erwerbstätig ist, würde aus der Alterssicherung herausfallen. Da frage ich: Steht es der Rentenversicherung überhaupt zu, solche privaten Lebensentscheidungen rentenrechtlich zu bewerten? Richtig ist aber auch: Je häufiger der eigene Rentenanspruch der Frauen ist, um so mehr sinkt

der Anspruch auf eine abgeleitete Rente. Hier besteht ein Handlungsbedarf. Wir können ihm aber erst nachkommen, wenn wir genauere Daten über die Versorgungs- und Erwerbssituation von Männern und Frauen haben.

**Erziehungszeiten anrechnen**

**In diesem Zusammenhang wollen wir auch die familienpolitischen Leistungen der Rentenversicherung neu ordnen.**

Als ersten Schritt und in Umsetzung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes werden wir sofort bei einem Zusammentreffen von Kindererziehungszeiten mit anderen Beitragszeiten die Kindererziehungszeiten additiv – bis zur Beitragsbemessungsgrenze – anrechnen. Darüber hinaus wollen wir damit beginnen, bei der rentenrechtlichen Bewertung der Kindererziehungszeiten stufenweise 100 Prozent statt wie bisher 75 Prozent des Durchschnittsverdienstes aller Versicherten zugrunde zu legen. Dies ist ein weiterer Schritt zur Umsetzung unseres Grundsatzes, daß Erziehungsarbeit gleich viel wert ist wie Erwerbsarbeit.

**Wir haben nie den Anspruch erhoben, daß die Rentenversicherung die alles sichernde Alterssicherung ist. Wir sind immer ausgegangen von drei Säulen: gesetzliche Rentenversicherung, betriebliche und private Altersvorsorge. Das entspricht dem Subsidiaritätsprinzip.**

Nun muß man feststellen, daß gerade die betriebliche Alterssicherung in den neuen Ländern so gut wie nicht vorhanden ist und in den alten Ländern zurückgeht. Hier muß man fragen, wie man die betriebliche Altersvorsorge stärken kann, auch arbeitsrechtlich. Die durch die Rechtsprechung verursachten Dynamisierungszwänge machen es vielen kleinen Betrieben unmöglich, ihren Mitarbeitern Zusagen zu machen, weil sie nicht kalkulieren können, wie groß die Ansprüche in 20 Jahren sein

werden. Diese durch die Rechtsprechung erzwungene Automatik der Dynamisierung muß beseitigt werden, wenn gerade auch in mittelständischen Bereichen die betriebliche Altersvorsorge einen neuen Schub bekommen soll. Betriebliche Alterszusagen dürfen aber auch keine goldenen Fesseln für Arbeitnehmer sein, die einen Betriebswechsel verhindern. Wir brauchen Mobilität in einer flexiblen Gesellschaft. Wer den Betrieb wechselt, muß nach einer angemessenen Zeit von Betriebszugehörigkeit den Anspruch mitnehmen können.

## Im Kampf gegen Altersarmut erfolgreich

Ich muß noch auf einige Einwände eingehen. Es wird z. B. gesagt, unser Alterssicherungssystem verhindere nicht wirkungsvoll die Altersarmut.

### Ich kenne kein Alterssicherungssystem, das im Kampf gegen Altersarmut so erfolgreich ist wie die beitrags- und leistungsorientierte Rente.

Der Anteil der über 60jährigen an der Sozialhilfe als Hilfe zum Lebensunterhalt ist zwischen 1970 und 1994 von 3,8 auf 1,8 gesunken. Es ist nachweislich falsch, wenn aus der Höhe der Rente auf den Lebensstandard geschlossen wird. Ich beispielsweise bin ein Kleinrentner, weil ich wenig Beitragsjahre habe. Ich würde deshalb aber nicht sagen, daß mein Lebensstandard im Alter gefährdet wäre. Deshalb warne ich davor, aus kleinen Renten auf Bedürftigkeit zu schließen.

### Ich verteidige die Rentenversicherung als ein wirksames Instrument, das Leistungsgerechtigkeit und Solidarität verbindet und das allen Grund gibt, verteidigt zu werden.

Lassen Sie mich auch noch auf den Einwand eingehen, diese Rentenversicherung überlaste die Jungen, und eine Grundrente würde die Jungen entlasten. Bei einer

Grundrente zahlen die Jungen dreimal. Sie zahlen erstens die erworbenen Rentenansprüche der Rentner, die jetzt in Rente sind, weiter. Zweitens zahlen sie durch eine immense Steuererhöhung ihre Grundrente, und drittens müssen sie noch eine Zusatzversorgung bezahlen. Und so kommt es, daß im Übergang das neue System nach zehn Jahren 39 Milliarden mehr kostet, nach 20 Jahren 45 Milliarden – nicht acht Milliarden, wie behauptet wird. Deshalb käme dieses System nicht ohne eklatante Steuererhöhungen aus: Im Übergang direkte Steuern 30 Prozent, indirekte Steuern 45 Prozent; nach Berechnung des Bundesarbeitsministeriums sogar 52 Prozent.

### Damit steht eine Grundrente mit dieser Steuererhöhung im Widerspruch zu unserer Politik der Steuerentlastung, wie wir sie gerade bei der Steuerreform ankündigen.

Auch der Einwand, die gesetzliche Rentenversicherung sei deshalb nicht zukunftsfest, weil die Teilzeitarbeit zunimmt, ist nicht stichhaltig. 45 Jahre Teilzeit ist eine Ausnahme. Teilzeitarbeit ist in der Regel nicht das einzige Lebenseinkommen, sondern ein Zusatzeinkommen. Bei der Teilzeit haben wir es weniger mit der Umwandlung von Vollzeit-Arbeitsplätzen in Teilzeitarbeitsplätzen zu tun. Hier wird vielmehr ein Erwerbspotential mobilisiert, das bisher überhaupt nicht erwerbstätig war und folglich auch überhaupt keine Sicherung hatte.

Ich fasse zusammen: Eine beitragsfinanzierte Rente ist verlässlicher, sie basiert auf Vorleistung. Es ist ein mentaler Unterschied, ob ein Rentner oder eine Rentnerin eine Rente in dem Bewußtsein erhält, dafür eine Leistung erbracht zu haben, dafür gearbeitet zu haben, oder ob sie das Gefühl haben müssen, ihre Rente als staatliche Zuwendung gewährt zu bekommen. Das ist ein wichtiger eman-

**zipatorischer Aspekt.**

Warum gehen die Schweden von der steuerfinanzierten Einheitsrente weg zur Beitragsfinanzierung? Weil die Beitragsfinanzierung auch Ansprüche besser steuert, da Ansprüche hier auf Vorleistung basieren. Eine Versorgungsrente kommt immer in den haushaltspolitischen Verteilungsstreit, deshalb ist die beitragsfinanzierte Rente auch verfassungsrechtlich von höherer Sicherheit.

Das wichtigste für die Rentner ist die Verlässlichkeit der Rente. Deshalb soll das Niveau nicht unter 64 Prozent sinken, und deshalb verbinden wir diese Reform mit der Zusage: keine Rentenkürzung infolge dieser Reform.

**Es tut der Rentenversicherung nicht gut, wenn sie zum Wahlkampfthema wird.**

Für das, was wir vorlegen, stehen wir in prinzipieller Übereinstimmung mit der CSU, in prinzipieller Übereinstimmung mit der FDP, in prinzipieller Übereinstimmung mit der SPD, in prinzipieller Übereinstimmung mit der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, in prinzipieller Übereinstimmung mit dem DGB, in prinzipieller Übereinstimmung mit der DAG. Und das wichtigste: die Rentenversicherungsträger haben an diesem Konzept mitgearbeitet.

**Deshalb meine Bitte: Jetzt muß entschieden werden, auch um des Ver-**



**CDU**

**trauens in die Rentenversicherung wegen! Ich bitte Sie darum, der leistungsbezogenen solidarischen Rentenversicherung treu zu bleiben.**

Roland Berger, Unternehmensberater, Mitglied der Regierungs-Rentenkommission, der unserem Vorhaben anfänglich eher skeptisch gegenüberstand, hat mir vor wenigen Tagen geschrieben, daß wir nicht gerade dann soziale Sicherungssysteme in Frage stellen sollten, wenn wir den Menschen massiven Strukturwandel und schwerwiegende Veränderungen im persönlichen und beruflichen Bereich abverlangen.

Ich finde, wer Wandel friedlich organisieren will, der braucht einen verlässlichen Sozialstaat. Ein Sozialstaat hat nicht nur Armut zu bekämpfen, nicht nur Existenz zu sichern. Er hat auch für die da zu sein, die fleißig sind, die sich anstrengen. **Auch in der Sozialversicherung muß sich Leistung lohnen!** ■

Ministerpräsident Kurt H. Biedenkopf:

## Das Konzept der Bürgerrente empfiehlt, einen Übergang aus dem bestehenden in ein neues System zu suchen

Wir haben es mit zwei Vorschlägen zu tun. An beiden Vorschlägen ist lange gearbeitet worden. An dem einen in den Kommissionen mit der Unterstützung der Rentenversicherungsträger, mit der Unterstützung des Bundesarbeitsministers und seines Apparates. Der andere Vorschlag ist auch schon Gegenstand jahrelanger interner Diskussionen. Wir haben zwei unterschiedliche Wege vor uns liegen, zwei Alternativen: Die Vorlage des Bundesvorstandes empfiehlt uns, im bestehenden System weiter zu reformieren. Das Konzept der Bürgerrente empfiehlt uns, einen Übergang aus dem bestehenden in ein neues System zu suchen und langfristig ein neues System der Alterssicherung zugrunde zu legen. Damit treten eine ganze Reihe von Grundsatzfragen vor uns, über die ich im folgenden sprechen möchte.

Für den ersten Vorschlag streitet die Erfahrung mit dem bestehenden System. Die Sozialpolitiker – Norbert Blüm hat es eindringlich aufgezählt – der großen Volksparteien, der Gewerkschaften, der Arbeitgeber, natürlich auch die Rentenversicherungsträger, die allerdings da auch einen beachtlichen eigenen Besitzstand haben, denn für eine Bürgerrente braucht man keine 240.000 Beschäftigte und kein Riesenheer von Rentenberatern, haben natür-

lich auch ein Interesse daran, daß das System bestehen bleibt; was ich durchaus akzeptiere. Für das erste streitet der Bundesvorstand und der Bundesvorsitzende.

Jetzt sind noch zwei weitere Zeugen berufen worden: Zum einen Roland Berger. Wenn Roland Berger den Unternehmen, die er berät, die gleiche Empfehlung geben würde, würde er kaum noch zu Beratungen in Unternehmen herangezogen. Und was zum zweiten die Schweden angeht, so hat mich das doch sehr interessiert. Ich habe deshalb gestern den früheren Ministerpräsidenten Carlsson angeru-

**Rede von Ministerpräsident  
Kurt H. Biedenkopf  
auf der Sitzung des  
Bundesausschusses der CDU  
am 19. März 1997 in Bonn**

fen, um mal zu hören, was in Schweden los ist. In Schweden ist überhaupt noch keine Entscheidung gefallen. Bisher ist dort die Rentenversicherung nur von den Arbeitgebern und vom Staat bezahlt worden. Die Höhe der Rente war 60 Prozent. Carlsson hat mir gesagt, das könnten sie nicht mehr bezahlen, und deshalb wollten sie jetzt die Arbeitnehmer beteiligen. Die

Gewerkschaften haben daraufhin verlangt, daß die Arbeitnehmer nur beteiligt werden dürften, wenn sie vorher durch tarifvertraglich zugesicherte Lohnerhöhungen soviel mehr verdienen, daß diese Beteiligung ihr Einkommen nicht verringert. Was dabei herauskommt, ist völlig offen.

Es gibt bisher nichts anderes als einen Kommissionsbericht, deshalb sollte man jetzt jedenfalls die Schweden noch nicht bemühen. Ich könnte natürlich die Niederländer bemühen, die diese Grundsicherung plus Eigenvorsorge haben und die uns ja immer wieder als Vorbild für die Erweiterung der Teilzeittätigkeit und für den Zuwachs der Beschäftigung dienen.

Für den zweiten Vorschlag streitet der Sachverständigenrat, der ausdrücklich in seinem jüngsten Jahresgutachten eine Grundabsicherung empfohlen hat; die Weltbank, die eine Untersuchung für die industriellen Nationen vorgelegt hat, sagt: Auf Dauer ist dieses System nicht zu halten. Für den zweiten Vorschlag streiten die Bundesbank und – da der Bundesvorsitzende Ludwig Erhard erwähnt hat – auch Ludwig Erhard. Ludwig Erhard hat 1956 und 57 dringend davor gewarnt, eine lohnabhängige beitragsfinanzierte Rente mit dem Anspruch einzuführen, daß sie Lebensstandard sichernde Funktion hat. Genau dies ist aber bis heute der Anspruch der gesetzlichen Rentenversicherung. Interessanterweise streitet für die zweite Alternative auch die theoretische Grundlage für die Rentenreform von 1957, nämlich die sog. „Rothenfelder Denkschrift“ von 1955, die an Konrad Adenauer erstattet wurde. An ihr hat neben den Professoren Eichinger, Muthesius und Neuendorfer jemand teilgenommen, der unsere höchste Verehrung verdient: nämlich Josef Höffner, der spätere Kardinal von Köln. Diese Männer haben vorgeschlagen, eine staatliche oder beitragsfinanzierte Grundsicherung einzuführen. Sie haben – mit dem englischen Wort – eine Absicherung der

„basic needs“ empfohlen. Das ist ziemlich genau dasselbe.

Was mich, Herr Vorsitzender, an Ihrer Grundsatzrede besonders gefreut hat, ist, daß ich ganze Passagen dieser Grundsatzrede für die Begründung meiner Alternative heranziehen kann. Keiner hat bisher so eindrucklich die tiefgreifenden Umwälzungen beschrieben, die auf uns zukommen. Keiner hat bisher so eindrucklich darauf hingewiesen, welche Herausforderungen in den nächsten Jahrzehnten auf die Bundesrepublik Deutschland zukommen, und keiner hat so deutlich gemacht wie Sie in ihrer Grundsatzrede, daß es dringend erforderlich ist, die gesetzlichen Lohnnebenkosten zu senken. Das Bundesvorstandsmodell führt aber nicht zu einer Senkung der Lohnnebenkosten.

**Ich möchte über den hier zur Diskussion stehenden Zeitabschnitt mit allem Nachdruck sagen: Wir diskutieren nicht über die Rentner von heute. Wir diskutieren über die Frage, ob meine Enkel bereit sind, die Rente meiner Kinder zu finanzieren. Das ist unser Thema.**

Das heißt, wir diskutieren über den Zeitabschnitt nach 2015. Und für diesen Zeitabschnitt müssen wir die Fragen stellen. In diesem Zeitabschnitt wird gefragt, wie das mit der Solidarität der Jüngeren gegenüber den Älteren ist – ich komme gleich noch darauf zurück.

Ich möchte hier nur deutlich machen, die Diskussion – und es ist politisch gesehen eine Auseinandersetzung, die geführt wird – wird nicht mehr zwischen Norbert Blüm und mir geführt, sondern zwischen dem Bundesvorstand und mir. Ich habe im Bundesvorstand gegen den Vorschlag gestimmt, und ich habe deutlich gemacht und sage das hier wieder: Ich bin überzeugt davon, daß der Weg, der uns jetzt hier empfohlen wird, nicht zum Ziele führt. Ich möchte dem Bundesvorsitzen-



**Kurt H. Biedenkopf: Es gibt nur zwei Formen der Altersvorsorge. Das ist erstens die Bildung von Humankapital, also Kinder, und zweitens Vermögenskapital. Eine andere Altersvorsorge gibt es nicht.**

den ausdrücklich zustimmen zu seiner Erklärung, die er am 12. März in München abgegeben hat, daß angesichts der Tragweite der anstehenden Entscheidungen, deren Bedeutung weit in das kommende Jahrhundert reicht – ich habe es schon erwähnt –, intensiv auch die Alternative diskutiert werden muß.

Nun hören wir ja, wenn wir das machen, was jetzt hier empfohlen wird, dann sind die Dinge endgültig – weitgehend jedenfalls – in Ordnung. Wie stabil sind denn solche Beschlüsse? Der Bundesausschuß hat sich im Herbst 1988 ebenfalls mit diesen Fragen befaßt. Und damals haben wir dann die Rentenreform 1992 gemacht. Sie sollte nach damaliger Auskunft – und bis in das Jahr 1993 wurde diese Meinung aufrechterhalten – für die nächsten 20 bis 25 Jahre halten. Wenn das richtig ist, weiß ich nicht, warum wir heute zusammen sind. Die damalige Entscheidung wurde durch die Umwälzungen überholt, von denen der Bundesvorsitzende gesprochen hat.

Ende 1993/94 gab es eine Debatte. Ich hatte in einem Interview erklärt, daß die Renten der unter Vierzigjährigen nicht mehr sicher seien. Vorher hatte ich ausdrücklich betont, daß die Renten der Rentner und derjenigen, die nahe an der Rente sind, natürlich sicher sind. Ich hatte mich also mit dem Zeitraum 2018 bis 2038 befaßt. Und dort, hatte ich gesagt, wird man noch mit einer Grundsicherung rechnen können.

Die Reaktion war außerordentlich heftig. Es wurde von „unverantwortlicher Weise“ gesprochen, davon, daß Millionen von Menschen verunsichert würden, die Radikalen von rechts und links ermutigt, der soziale Friede gefährdet würde. Und unter ausdrücklicher Berufung auf seine Funktion in der Bundestagsfraktion hat Heiner Geißler erklärt, diese Aussage sei nachweislich falsch. Herr Riesche, eine der wichtigsten Persönlichkeiten bei den Rentenversicherungsträgern, hat damals – Anfang 1994 – erklärt, die Renten seien auch für die 30jährigen nicht gefährdet – bezo-

gen natürlich auf die damalige Renten-  
erwartung. Heute diskutieren wir genau  
über diese Frage.

Die Präsidiationskommission hat als Ergeb-  
nis aus dem Protokoll der Abschlusssitzung  
vom 2. und 3. Februar festgestellt, daß ei-  
ne Absenkung der Rente unter 64 Pro-  
zent – ich zitiere wörtlich – „zu großer Ar-  
mut führen könne“. Ich greife das Armuts-  
argument also nicht aus der Luft. Eine Ab-  
senkung auf 61 Prozent, die nach dem  
Protokoll der Präsidiationskommission ein-  
treten würde, wenn nur die Rentner die  
Last der längeren Lebenserwartung zu tra-  
gen hätten, könne deshalb nicht in Frage  
kommen. Man will also meine Enkel dar-  
an beteiligen, daß meine Kinder länger le-  
ben, obwohl sie das auch heute schon wis-  
sen und deshalb Vorsorge treffen können.  
Eine Rente von 61 Prozent läge weit unter  
der gegenwärtig von mir vorgeschlagenen  
Grundsicherung, immer natürlich nach  
heutigen Preisen.

Vor welcher Entscheidung stehen wir  
dann? Norbert Blüm hat gesagt, die Rente  
sei ein Vorsorge-Prinzip. Das ist falsch.  
Niemand hat dem heftiger widersprochen  
als Pater von Nell-Breuning, der immer  
wieder erklärt hat, die Beiträge, die die  
Beitragszahler zahlen, dienen der Ablö-  
sung der Dankeschuld an ihre Eltern. Ei-  
ne Vorsorge ist mit diesen Beiträgen nicht  
verbunden.

**Es gibt nur zwei Formen der Alters-  
vorsorge. Das ist erstens die Bildung  
von Humankapital, also Kinder, und  
zweitens Vermögenskapital. Eine an-  
dere Altersvorsorge gibt es nicht.  
Die Beiträge in die Rentenversiche-  
rung sind Altersfürsorge. Das heißt,  
die Finanzierung des Einkommens  
für die heute nicht mehr erwerbs-  
tätige Bevölkerung.**

Die zweite Frage, die wir stellen müssen,  
ist, ob wir eine Vollsicherung wollen, auch  
im nächsten Jahrhundert, oder eine Grund-

sicherung. Da wird gesagt, wir seien ja auf  
die Solidarität der nachwachsenden Gene-  
ration angewiesen. Diese Solidarität, auch  
das hat Norbert Blüm gesagt, dürfe nicht  
überlastet werden. Aber woraus resultiert  
diese Solidarität eigentlich? Welche Soli-  
darität üben denn meine Kinder, also die  
Generation der jetzt 45jährigen und Jünge-  
ren, mit ihren Kindern, wenn sie zu wenig  
Kinder haben? Das ist auch eine Verlet-  
zung der Solidarität. Und es ist auch eine  
Verletzung der Solidarität, wenn sie dann  
kein Vermögen bilden, obwohl sie weniger  
Kinder gehabt haben.

Das Bundesverfassungsgericht hat in sei-  
nen Entscheidungen zur Familienpolitik  
ausgerechnet, daß das Großziehen eines  
Kindes fast eine Millionen Mark kostet,  
rund 900.000. Wenn jemand kein Kind  
hat, kann er dieses Geld doch aufwenden  
und kann Vermögen bilden. Und dann  
muß er nicht meine Enkel dafür belasten,  
daß er länger lebt. Wieso ist das gerecht,  
wenn er das tut? Es wird aber in dem Bun-  
desvorstandsantrag gesagt, das sei gerecht.  
Ich kann diese Gerechtigkeit nicht erken-  
nen.

**Wenn jemand sich entscheidet, we-  
niger Kinder zu haben, als es not-  
wendig wäre, um das Verhältnis zwi-  
schen den Arbeitenden und den  
zukünftigen Generationen zu si-  
chern, ohne die Solidarität der Jün-  
geren in Anspruch zu nehmen, dann  
wäre es doch wohl das wenigste, was  
man von der Erwerbsgeneration  
verlangen kann, daß sie selbst für  
sich vorsorgt.**

Wir haben heute fast 40 Prozent Singles  
im Land. Wozu braucht ein Single für eine  
Hinterbliebenen-Rente zu bezahlen? Aus  
seiner Person wird nie eine Hinterbliebe-  
nen-Rente entstehen. Also müßte man ihm  
das Recht geben, aus der Hinterbliebenen-  
Rente draußen zu bleiben. Oder man muß  
ihn für andere in Kauf nehmen. Warum  
soll er, der Single, jetzt meine Enkel dafür

belasten, daß er nicht für die Zukunft vorgesorgt hat? Diese Frage muß hier beantwortet werden.

Ich habe eine Reihe weiterer Grundsatzfragen aufgeführt, die Sie in dem Papier finden, welches ich vorgelegt habe. Ich möchte das jetzt nicht vertiefen. Diese Grundsatzfragen müssen abschließend beantwortet werden, aber das ist offensichtlich heute nicht möglich. Denn es sind viel zu viele Fragen offen, und denen wende ich mich jetzt zu. Dieses „Offensein“ von Fragen gilt im übrigen für beide Vorschläge. Deshalb habe ich meine Diskussionsgrundlage auch nicht zu einem Antrag erhoben, ich habe nur damit deutlich machen wollen, daß es die Grundlage für eine Alternative gibt. Im übrigen wird sich das sicher noch in irgendeiner Weise ergeben.

Das Konzept des Bundesvorstandes enthält keine einzige Zahl, es enthält keine Modellrechnung. Es ist interessant, daß in dem jährlichen Rentenbericht der Bundesregierung immer mittelfristige Voraussagen gemacht werden über 15 Jahre, mit insgesamt 9 Variablen. Geringere, mittlere, höhere Beschäftigung; geringeres, mittleres, höheres Wachstum und so weiter. Das Prognos-Gutachten hat das natürlich 1995 auch so gemacht. Ich habe noch keine einzige Prognose, weder in meiner politischen noch in meiner wissenschaftlichen Laufbahn gesehen, bei der man in Anspruch nimmt, über 33 Jahre hinaus, nämlich bis zum Jahre 2030, den dann fälligen Beitrag für eine Rentenversicherung auf eine Stelle nach dem Komma genau angeben zu können. Das geschieht aber hier: 22,9 Prozent. Diese 22,9 Prozent können gar nicht das Ergebnis einer Prognose sein, sie sind das Ergebnis einer politischen Entscheidung. Man hat gesagt, mehr als 22,9 Prozent darf die Sache nicht kosten, und unter 64 Prozent darf die Rente nicht sinken, weil – Protokoll der Präsidentschaftskommission – „unter 64 Prozent mit

großer Altersarmut gerechnet werden müßte“.

**Das ist für mich keine verlässliche Basis für die Beurteilung der Leistungsfähigkeit unseres heutigen Systems für die nächsten Generationen. In Wirklichkeit werden wir aufgefordert, nur einen einzigen Antrag zu stellen. Und der steht auf Seite zwei der Beschlußvorlage des Bundesvorstandes, wo es nämlich heißt: Wir reformieren im bestehenden System. Und wenn diese Entscheidung gefallen ist, dann sind gewissermaßen die Alternativen aus der weiteren parteiinternen Diskussion zumindestens als Gegenstand offizieller Parteibeschräftigung ausgeschlossen. Dazu soll heute eine Festlegung erfolgen.**

Ich halte diese Politik für inhaltlich falsch. Unser System war außerordentlich erfolgreich von 1957 bis 1997. Wer 1995 in Rente gegangen ist, konnte, weil er teilgenommen hat an dem Wohlstandszuwachs und an dem Leistungszuwachs unseres Landes, damit rechnen, daß er für jede Beitragsmark zwei Rentenmark bekommt. Es ist ganz offensichtlich, daß meine Kinder das nicht mehr können und daß deshalb die Frage geklärt werden muß: Wie erfolgreich kann das System in der Zukunft sein? Ich will hier keinen Zweifel daran lassen: Weil ich diese Entwicklung für die Zukunft für falsch halte, kann ich diese Politik auch nicht mittragen. Ich halte eine grundlegende Strukturreform für unverzichtbar. Und wir haben diese grundlegende Strukturreform in der Bundestagswahl 1987 versprochen. Das, was heute beschlossen werden soll, ist keine grundlegende Strukturreform, sondern es ist nach den Erklärungen der Rentenpolitiker selbst eine Anpassung des Systems an veränderte Bedingungen.



Wenige Sätze zu den schwierigsten Problemen: Wenn wir diesen Weg weitergehen, entscheiden wir uns gegen eine Lösung der Arbeitsmarktprobleme. Prognose hat 1995 auf der Grundlage der Rechenwerke der Rentenversicherungsträger – die haben die Grundlagen geliefert – Prognosen gemacht, die ergeben, daß die Gesamtlast – Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Pflegeversicherung und Rentenversicherung –, im Jahre 2030 zwischen 46 und 52 Prozent betragen wird. Die Kommission empfiehlt uns im Hinblick auf die Rentenversicherung 22,9 Prozent. Ich bin absolut sicher, daß es höher wird.

**Alle Prognosen in der Vergangenheit sind zum Teil von Rentenbericht zu Rentenbericht korrigiert worden, zum Beispiel von 1995 zu 1996 oder von 1993 zu 1995, weil sich eben die wirtschaftliche Lage und die Umwelt verändert haben.**

Das mache ich ja niemandem zum Vorwurf. Nur sollte man dann nicht eine solche Genauigkeit der Prognosen in Anspruch nehmen, wie das hier geschieht. Wenn die Lebensarbeitszeit verlängert werden soll, stellt sich ein unglaubliches Problem: Wo sollen denn die Arbeitsplätze herkommen? Eine Anhebung der Lebensarbeitszeit auf 65 Jahre bedeutet eine Erhöhung der Zahl der notwendigen Arbeitsplätze um etwa vier Millionen. Gleichzeitig brauchen wir Arbeitsplätze zum Abbau der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit. Und jeder weiß, wenn man neue Arbeit schafft, dann gehen nicht nur die Arbeitslosen wieder in Arbeit, sondern es kommen auch Leute aus der stillen Reserve. Dies hat mir gerade der Präsident des Landesarbeitsamtes in Sachsen bestätigt.

Wenn ich nur davon ausgehe, daß 30 Prozent aus der stillen Reserve dazukommen, müßten wir zur Lösung des Problems, das nach 2003 entsteht, in der Zeitspanne der nächsten fünf Jahre rund sieben Millionen

neue Arbeitsplätze schaffen. Es ist doch ganz offensichtlich, daß das nicht geht. Die Folge ist, daß diejenigen, die an sich bis 65 arbeiten sollen, entweder früher in Rente gehen mit dem Abschlag von 3,6 Prozent, das heißt bei fünf Jahren 18 Prozent von später einmal 64 Prozent, oder sie gehen in die Arbeitslosigkeit. In beiden Fällen wird das Problem nicht gelöst.

Eine zentrale Frage für mich ist, Helmut, da muß ich Dich auch ganz persönlich ansprechen: Welche Auswirkungen werden unsere heutigen Entscheidungen für unsere Position in der Europäischen Währungsunion haben? Der Bundesbankpräsident hat vor wenigen Tagen in Dänemark darauf hingewiesen, daß die Währungsunion den internen Anpassungs- und Reorganisationsdruck in den beteiligten Ländern verstärken wird und daß es keine Möglichkeit geben wird, diesen Druck durch Wechselkursänderungen oder Verschuldung aufzufangen. Ich meine, daß wir uns dringend, so wie das unsere Nachbarn auch tun, mit der Frage auseinandersetzen müssen, welche internen Reformen denn notwendig sind, um zu bestehen.

Mir wird in der Öffentlichkeit jetzt verschiedentlich vorgehalten, warum sich der sächsische Ministerpräsident überhaupt mit der Frage beschäftigt, er sollte sich doch um Sachsen kümmern. Ich kümmere mich hier um Sachsen. Wir haben fast 20 Prozent Arbeitslose, und 100 km südlich von uns haben wir hervorragend qualifizierte Facharbeiter, die ein Fünftel dessen verdienen, was unsere Facharbeiter verdienen, und 120 km westlich von uns haben wir sie auch.

**Ich bin nach den sechs Jahren Arbeit in Sachsen zu dem Ergebnis gekommen, daß mit der gegenwärtigen Belastung der Arbeit auf Dauer in dieser Konkurrenzlage – besetzte EU-Märkte, geringe Kapitalausstattung der ostdeutschen Unternehmen**

**und Konkurrenz qualifizierter Facharbeiter (Hongkong ist bei uns 100 Kilometer weg, nicht 12.000!), mit der Belastung an gesetzlichen Nebenkosten, die wir heute und in Zukunft haben werden – das Experiment „Aufbau“ nicht gelingen kann. Sonst würde ich mich hier nicht so engagieren.**

Das ist für mich keine Prinzipienreiterei. Wir haben seit Jahren gesagt, es sei unerträglich, daß das gesetzliche Rentenerwerbssystem die Mütter so benachteiligt. Sie werden auch in Zukunft benachteiligt. Selbst wenn es uns gelingt, von 75 auf 100 Prozent anzuheben, wobei das im ersten Jahr schon fast fünf Milliarden Mark kosten würde, würde nach der neuen Regelung – drei Jahre Rentenwert voll, nicht 75 Prozent – der Rentenlohn für die Erziehung von drei Kindern 420 Mark im Monat und nach gegenwärtigem Stand im Osten 345 Mark im Monat betragen. Dies ist ein so krasses Mißverhältnis zwischen der Bedeutung dieser Aufgabe für die zukünftige Entwicklung unseres Landes und dem, was hier den Müttern gewährt wird, daß ich schon allein aus diesem Grund einen solchen Weg nicht für akzeptabel halte.

Das hat auch überhaupt nichts mit der Hinterbliebenenversorgung zu tun. Wenn wir über die Hinterbliebenenversorgung reden wollen: einverstanden. Da gibt es sicher Reformbedarf. Aber warum muß zum Beispiel ein Single Hinterbliebenenversicherung bezahlen? Warum kann man nicht die Hinterbliebenenversicherung Besserverdienenden auch selbst überlassen?

**Warum muß ein Ehepaar, bei dem beide 8.000 Mark verdienen, also 16.000 Mark im Monat, was ja nicht gerade selten ist, 3.200 Mark bezahlen, obwohl sie genau wissen, daß sie jedenfalls eine Hinterbliebenenversicherung nicht brauchen? Das sind alles Fragen, die beantwortet wer-**

**den müssen, und die bisher nicht beantwortet werden.**

Es geht aber auch um die Alterseinkommen der Mütter oder der Frauen. Nach dem Rentenbericht der Bundesregierung – ich zitiere immer die offiziellen Unterlagen – haben die Frauen, die in Versicherungsrenten sind, zum 1. Januar 1992 21,6 Versicherungsjahre hinter sich, zum 31. Dezember 1994 25 Jahre und zum 31. Dezember 1995 25,1 Jahre. In dem Protokoll der Präsidiumskommission steht aber, daß man durchschnittlich 27 Jahre arbeiten muß, um eine Rente mit Sozialhilfeniveau zu bekommen. Jetzt frage ich Sie: Wie kann man vor dem Hintergrund noch sagen, daß das kein Problem sei? Ich kann doch diejenigen mit einer geringen Rente nicht mit dem Argument abspeisen, sie lebten ja in einem Haushalt, in dem viele andere Einkommen erzielt würden. Ja, warum versichern sie sich dann überhaupt mit einer Minirente? Also: entweder soll die Rente Grundlage für ein menschenwürdiges Leben sein, dann sind diese Rentenhöhen indiskutabel, oder es kommt gar nicht darauf an, wie hoch sie sind, solange die Leute nur noch andere Einkommen haben. Dann ist das ganze Leistungsprinzip für mich in Frage gestellt.

Die Gerechtigkeit zwischen den Generationen: Ich habe mich schon dazu geäußert. In dem Initiativantrag, der Ihnen jetzt wohl vorliegt, wird in bezug auf die demographische Komponente die Frage nach der Gerechtigkeit gestellt. Ich habe sie schon zu beantworten versucht.

**Ein letzter Punkt:** Nach meiner Auffassung widerspricht die Fortsetzung des gegenwärtigen Systems in einer wohlhabenden Gesellschaft auch einer ganz entscheidenden Grundaussage, die Grundlage der Rentenrechtsreform 1957 war. Und ich zitiere hier wenige Sätze aus der Rothenfeller Denkschrift von 1955 an Konrad Adenauer, die ich schon erwähnt habe.

Dort heißt es: „Allen Bestrebungen, eine umfassende Versorgung vorzusehen, muß demgegenüber festgestellt werden,“ – und jetzt wörtlich – „daß der Plan, alle Menschen ohne Ausnahme, auch jene, die sich selbst helfen können, zwangsweise in eine staatlich angeordnete soziale Sicherung einzubeziehen, mit dem Subsidiaritätsprinzip unvereinbar ist.“

Ich glaube nicht, daß sich an dieser Interpretation des Subsidiaritätsprinzips durch Kardinal Höffner in unserer Partei etwas geändert hat. Und wenn sich etwas geändert hat, möchte ich das gerne wissen. Denn ich bin für diese Subsidiarität in die CDU gegangen.

Norbert Blüm hat sich über die Grundsicherung geäußert. Er hat behauptet, die jungen Menschen müßten dreimal bezahlen. Das ist schlicht falsch. Ich weiß nicht, ob er sich wirklich damit beschäftigt hat. Wir hatten ja nur in einer Sitzung Gelegenheit, uns wirklich damit zu befassen. Aber er kann, wenn er sich damit beschäftigt hat, so etwas nicht sagen. Wir müssen die Last der Alterssicherung messen an dem Volkseinkommen. Und es gibt zwei Grundlagen: Wollen wir die Alterssicherung nur über die Arbeit finanzieren? Oder wollen wir sie aus dem Volkseinkommen finanzieren? Im Volkseinkommen ist alles enthalten: Freiberufler, Kapitaleinkommen, alles andere. Und je mehr wir Kapital bilden, um so mehr wird das Kapitaleinkommen wichtig. Zur Zeit sind alle diese Einkommen tief einbezogen in die Solidarität.

**Ich bin der Meinung, daß wir die Basis der Solidarität verbreitern müssen. Das ist meine tiefe Überzeugung, und zwar gerade deshalb, weil in einer alternden Bevölkerung eine langsame Verschiebung der Anteile zwischen Kapitaleinkommen und Arbeitseinkommen zugunsten der Kapitaleinkommen stattfindet.**

Das, Herr Fink, hat im übrigen Ihr Institut in eindrucksvollen Graphiken bestätigt.

Diese Veränderung wird durch das gegenwärtige System nur dann berücksichtigt, wenn wir die staatliche Subventionierung der beitragsbezogenen Rente ständig erhöhen. Und das ist ja auch beabsichtigt. Jetzt mit dem erhöhten Bundeszuschuß, nächstes Jahr mit der Familienkasse, die dieses Jahr noch keine Mehrheit gefunden hat, und so wird zunehmend der steuerfinanzierte Anteil der beitragsbezogenen Rente wachsen, so daß dann allerdings auch alle diejenigen Steuerzahler, die nicht in dieser Rentenversicherung Mitglied sind, die Rente anderer subventionieren.

Und dann wird natürlich die Frage kommen: Warum wir, warum müssen wir zahlen, obwohl wir nichts davon haben? Ich möchte uns auffordern, diese Fragen intensiver zu diskutieren. In dem Initiativantrag sind eine Menge Einzelfragen gestellt, die ich jetzt nicht behandeln kann.

Jedes Jahr, um das wir die Lösung der Grundsatzfrage verschieben, macht die Lösung der Probleme schwieriger. Jedes Jahr, das wir uns ersparen mit dem Argument, die Menschen seien nicht in der Lage, soviel Veränderungen zu verkraften, macht die Kosten der Veränderung höher, und zwar nicht linear, sondern progressiv. Helmut Kohl hat gesagt, wir würden die Zukunft verspielen, wenn wir uns den großen Herausforderungen von heute nicht stellen. Nach meiner Auffassung ist der Antrag des Bundesvorstandes dazu kein Beitrag. Man könnte genauso gut über diesen Antrag schreiben: „Wir machen weiter wie bisher.“ Der Bundeskanzler hat uns in seiner Neujahrsrede aufgefordert, daß wir nicht mehr einfach weitermachen können wie bisher. Ich finde, daß die Christlich Demokratische Union daran gemessen werden wird, ob sie dieser Aufforderung gerecht werden kann. ■

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
53014 BONN



# UiD

9/1997

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der  
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion:  
Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113  
Bonn, Telefon (0228) 54 40, Verlag: Union Betriebs  
GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel.  
(0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. Vertrieb:  
Tel. (0228) 53 07-1 89. Verlagsleitung: Bernd Profitlich.  
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183  
(BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504  
(BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,- DM.  
Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung: VVA Vereinigte Verlags-  
anstalten GmbH, Düsseldorf.